

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Lohm & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werkstätige Volk**

Verlagsort: Gieb. Schulz, Dresden
und **Sächsische Staatsdruckerei**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
"Wohlfahrt und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einschreibungsnummer 10 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzschel Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzschel Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von halb 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite **Kopftitelzeile**
30 M., die 10 mm breite **Reklamazeile** 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 M.

Nr. 206

Dresden, Sonnabend den 4. September 1926

37. Jahrg.

Der Unternehmer Klage

Die Forderungen der Wirtschaft — Dr. Reinholds neue Finanz- und Steuerpläne
Völlige Uebereinstimmung zwischen dem Reichsfinanzminister und der Industrie

Die Tagung der Industriellen, die gestern in Dresden begann, zeigt, wie gering die Fähigkeit unserer Wirtschaftsjührer ist, aus einfachen Tatsachen etwas zu lernen. Unter dem Druck der Krise sind unsere Unternehmer geneigt, die Einrichtungen zu verbessern. Man kann mit weniger Arbeitskräften in Deutschland jetzt mehr produzieren als vordem. Trotzdem ist die Lage unserer Wirtschaft immer noch sehr schlecht und nur sehr langsam vermindert sich die gewaltige Armeer der Arbeitslosen. Warum das alles? Weil unsere Unternehmer mit ihrer Rationalisierung nur auf halbem Wege stehen geblieben sind. Es nützt nichts, wenn man durch allerbund Umstellungsmaßnahmen erreicht, daß man mehr und billiger produzieren kann. Es muß auch der nötige Absatz dazukommen, der nur erzielt werden kann, wenn man die Löhne erhöht oder die Waren in großem Ausmaß verbilligt, damit auch die Massen nachfrage werden. Aber überall in Deutschland blühen und gedeihen Kartelle, die die Preise hochhalten.

Während Deutschland schwerer unter der Wirtschaftskrise leidet, geht es der amerikanischen Volkswirtschaft glänzend. Warum hat Amerika vor Deutschland vieles voraus, hat seinen Weltkrieg verloren, keine Reparationszahlungen zu leisten und ist mit Naturerzeugnissen reichlicher ausgestattet als unser Land. Aber viele Beurteiler der amerikanischen Wirtschaft stimmen darin überein, daß Amerika keine wirtschaftliche Wüste zum größten Teil der Lasten zu verhandeln hat. Die dort die Arbeiter nicht mit so elenden Hungerlöhnen wie in Deutschland abgepeinigt werden. Die amerikanischen Löhne sind drei- bis viermal so hoch wie in Deutschland, und die amerikanische Industrie kann deshalb im eigenen Lande einen gewaltigen Absatz erzielen, der es ihr ermöglicht, alle Nachteile der Massenproduktion auszunutzen.

Einer der Führer der deutschen Industrie, der Professor Quisberg, der auf der gestrigen Tagung sprach, ist jetzt aus Amerika zurückgekehrt. Aber seine Ausführungen zeigten, daß er nicht allzuviel gelernt hat. Seine Rede behandelte zum großen Teil aus lebhaften Klagen über die hohen sozialen Lasten, die der deutsche Unternehmer tragen mußte, und auf denselben Ton waren die Ausführungen des Geheimrats Kastl, des geschäftsführenden Präsidiumsmitgliedes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gestimmt. Wir sind es gewohnt, daß die Herren von der Industrie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die angeblich unerträgliche soziale Belastung der deutschen Industrie als die Wurzel alles Übels hinstellen. Aber die Rechnungen, die da aufgemacht werden, sind im Grunde genommen ganz inane Fälschungenstücke. Bei einem Vergleich der Kosten der deutschen Industrie mit denen der ausländischen Industrie müßte man die deutschen Löhne plus soziale Lasten den ausländischen Löhnen gegenüberstellen. Das unterlassen aber die Herren von der Industrie wohlweislich, denn dann würde sich herausstellen, daß die Belastung der deutschen Industrie sehr viel geringer ist als die der amerikanischen Industrie. Die sozialen Ausgaben sind doch weiter nichts als eine leider nur unzureichende Ergänzung der unzureichenden Löhne, die in Deutschland gezahlt werden.

Auch gegen die Tarifverträge wurde Sturm gelaufen. Man wandte sich gegen die "schematische Anwendung" des Tarifsystems, das man am liebsten ganz loswerden möchte, und sprach davon, daß der Lohn nach der Leistung abgestuft werden müßte. Ganz abgesehen davon, daß auch schon heute das von Arbeitgebern herrscht, trotz dem Bestehen der Tarife, die Höhe des Lohnes von der Größe der Leistung abhängig ist: niemand hindert die Unternehmer, auch im weiteren Umfange als bisher die Löhne den Leistungen anzupassen, die Höhe der Tarife sind doch Mindestsätze!

Auch auf dem Gebiet des Steuerwesens sind die Herren von der Industrie nicht unbeschäftigt, sie wollen möglichst wenig Steuern zahlen, und der Herr Geheimrat Kastl brachte es fertig, ganz offen die geradezu unerhörte Forderung aufzustellen, daß auch das einkommensteuerfreie Einkommen belastet werden müßte. Sollte Herr Geheimrat Kastl wirklich nicht wissen, daß diejenigen, die einkommensteuerfrei sind, schon hart genug von allerhand indirekten Steuern betroffen werden. Die Verfassungen machen auch nicht den geringsten Versuch, sich in die Lage eines Menschen zu versetzen, dessen Einkommen so gering ist, daß er keine Einkommensteuer zu zahlen braucht. Bei all dem Getöse über die schwere Belastung der Industrie vernachlässigen wir, daß die Herren Industriellen von ihren Führern empfohlen wird, ihre eigene Lebenshaltung gemäß den Umständen einzuschränken. So mancher Unternehmer könnte wahrscheinlich ganz nette Summen zu der angeblich so notwendigen Kapitalbildung verwenden, wenn er mal den Versuch machte, eine Zeitslang so zu leben wie ein Arbeiter, der keine Einkommensteuer zu zahlen braucht.

Die Rede des Finanzministers Reinhold, den man schon bei der Tagung beschrieen hatte, zeigte, daß Herr Rein-

hold sich nun vollkommen im Schlepptau des Unternehmers befindet. Er sprach von einem Abbau der Ausgaben des Staates, er will für Länder und Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer einführen, und damit nicht durch die Realsteuern, die Grund- und die Gewerbesteuer, in einem Lande die Besitzenden allzu sehr belastet werden, sollen die Länder durch ein Reichsrahmengesetz bei der Bemessung dieser Steuer beschränkt werden. Die Herren von der Industrie können also mit Herrn Reinhold zufrieden sein.

Reichstagung der deutschen Industrie in Dresden

Am Freitag begann in Dresden in Anwesenheit der Vertreter der Reichsregierung, der sächsischen Regierung, des preussischen Handelsministeriums und des sächsischen Innenministeriums sowie zahlreicher Vertreter der verschiedenen Reichs-, Länder- und Gemeindeverbände, der Parlamente usw. die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Es waren mehr als 3000 Mitglieder und Gäste erschienen.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius

sprach die Grüße der Reichsregierung aus und wies darauf hin, daß nach der vorjährigen Winter Tagung die deutsche Industrie in einen jähren Abbruch gestürzt worden sei. Das zweite Robert-Luther habe alles daran gesetzt, die deutsche Wirtschaft aus der Krise herauszuführen. Nach der nicht alles überkommen, im Gegenteil, bis zur völligen Gefahrung sei noch ein weiter Weg, doch geht es langsam wieder vorwärts und aufwärts.

Dann sprach der Präsident des Deutschen Städte- und Landestages, Dr. Wulst, der die Notwendigkeit eines entsprechenden Zusammenarbeitens zwischen Industrie und Gemeinden betonte und erklärte, daß die Steuerentlastungen des Reichsfinanzministers nicht überall den praktischen Erfolg gehabt habe, den man sich davon versprochen habe. Steuern senken könne nur der, der gewisse Einnahmen habe, 80 bis 90 Prozent des Etats der Reichs- und Landesregierungen durch Steuern und Gebühren gebildet. So sei es erklärlich, daß der Senkung auf der einen Seite eine gewisse Anspannung auf der anderen Seite folgen mußte. Die Frage der Erwerbslosigkeit stehe dauernd als Schatten vor den Augen, und so werde man die große Verantwortung der Gemeinden verstehen. Städte und Industrie müßten zusammenarbeiten in dem Bestreben, Brot zu schaffen für alle, die augenblicklich aus dem Produktionsstapel ausgeschlossen sind.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie

hocht der Vorsitzende, Dr. Quisberg. Der Gesamtindruck, den der Redner von seiner Weltreise mitbrachte, folge er dahin zusammen, daß die Vereinigten Staaten als die einzigen Gewinner des Weltkriegs zu betrachten sind. Dabei seien die Amerikaner von einem nationalen Willen befeuert, der den Deutschen zur Zeit so erschreckend mangelte. Eine die Selbstständigkeit und das Verantwortungsgefühl des Einzelbürgers zu wachsende Sozialpolitik könne man drücken nicht. Die Lage in Deutschland lenkte er sehr trübe. Der Klassenkampf müsse verschwinden und der Gemeinheitsgeist stärker in Erscheinung treten. Es müsse fleißiger und fleißiger gearbeitet werden (!!).

Dann sprach Geheimrat Kastl über wirtschaftspolitische Forderungen der deutschen Industrie

Seine Ausführungen deden sich durchaus mit den bekannten Wünschen und Forderungen der Industriellen, die man schon seit geraumer Zeit zur Genüge aus allen Unternehmersonsagen kennt. Immerhin lohnt es sich doch, einiges aus seinen Ausführungen zur Auffrischung des Gedächtnisses der Arbeiterschaft herauszugreifen. So legte sich der Redner besonders für eine Verwaltungvereinfachung mächtig ins Zeug und ließte sich dabei in diesem Zusammenhang folgenden Satz: Parlamente und Regierungen müssen sich endlich dazu aufraffen, durchgreifende und erlösende eine weise Selbstbeschränkung in der Sanierung neuer Aufgaben aufzulegen und zweitens die Kräfte bestehender Aufgaben auf das zurückzuführen, was wirklich in wohlverdienten Staatsinteresse liegt. Und unmittelbar darauf schloß er damit ab, daß man in diesem Jahre mit einem

Gesamt-Sozialetat von nicht weniger als 4 Milliarden

zu rechnen habe. Gegen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erhob er die schärfsten Bedenken. Die Ausdehnung des Straßes der Rentenempfänger müsse in Deutschland seit einigen Jahren Formen an, die jeder volkswirtschaftlichen Vernunft widersprechen. Dadurch, daß der Staat und seine Einrichtungen immer mehr zu einer reinen Versorgungsanstalt für Millionen Menschen aller möglichen Kategorien werden, würde die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie vollkommen zerfallen. Die Sozialpolitik müsse Mittel zum Zweck bleiben und dürfe nicht Selbstzweck werden. Nur mit Bedauern könne man von Seiten der Wirtschaft die Arbeitsmethoden des Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik betrachten, weil er sich überwiegend nur von parteipolitischen Rücksichten, nicht aber von wirtschaftlichen oder finanziellen Erwägungen leiten lasse. Das habe sich insbesondere bei der Vertagung und Abstimmung der Rezession zum Antrittsjahr gezeigt.

Lohn- und Arbeitszeittfrage

äußerte sich der Herr wie folgt. Es könne nicht oft genug betont werden, daß nominale Lohnminderungen keine Stärkung der Kaufkraft bedeuten, daß vielmehr die Stärkung der Kaufkraft in der durch erhöhte Leistung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden muß. (Auf die das Volk trotz allen Versprechungen bisher vergeblich gewartet hat. D. Berichterst.) Eine zwangsmäßige Bestimmung der Löhne durch den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung. Die Anwendung des Minimumprinzips dürfte nicht schematisch sein und müßte sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter müßte die Interessen beider Parteien mehr unterbunden noch gefördert werden. Wir wollen durch eine Werksgemeinschaft zu höheren Reallohnen gelangen und wir lehnen die schematische Anwendung des Tarifsystems ab, weil dadurch der Grundgedanke der Bemessung des Lohnes nach der Leistung durchbrochen wird. Diese Gesichtspunkte sind auch maßgebend für unsere Stellungnahme zum Referentenentwurf des Arbeitszeitgesetzes. Bevor nicht Klarheit darüber besteht, ob das Washingtoner Abkommen überhaupt von den wichtigeren fremden Ländern ratifiziert werden wird, ist

Wolkenbruch in der Lausitz

Am 4. September. (Sig. Funke.) Ein schweres Unwetter ging am Freitag nachmittags über der Oberlausitz nieder. Am schlimmsten betroffen wurde die Gegend zwischen Eßau und Bahren, wo zwei außergewöhnlich heftige Gewitter niedergingen. In vielen Orten zündete der Blitz, so daß zahlreiche Brände entstanden. Zwischen Eßau und Bahren sollen allein zehn Häuser ein Raub der Flammen geworden sein. In Eßau bei Bahren ereignete sich der Blitz den 73 Jahre alten Gastwirt Keumann beim Kartoffelansäen. Brände werden gemeldet aus Briegnitz, Breitenhof, Döberitz, Weißig, Rechen, Dolowitz und Neukain. Die Stadt Bahren war infolge Blitzschlags ohne Licht. Die Wassermassen richteten vielfach große Verheerungen an.

In dem Unwetter in der Lausitz wird uns weiter gemeldet: Ein äußerst schweres Gewitter zog in den heißen Nachmittagsstunden von Wilthen kommend über die sächsische Oberlausitz. Schwer heimgesucht wurde die Gegend zwischen Bahren und Eßau. In Wilthen wüthete das Unwetter über zwei Stunden. Anknirschend suchten alle die Heranret, begleitet von großen Niederschlägen. Ein toller Schlag traf das Gebäude des Handlungsgeschäftes Weber, im Nachbarhaus wurde die Sicherung der Lichtleitung durchschlagen. In Bahren wurde der auf dem Kartoffelfeld beschäftigte Gutsbesitzer Keumann tödlich vom Blitz getroffen. Augenzeugen beobachteten, wie der Blitz in den Kartoffelack fuhr und Keumann zusammenschlug. Ein Einschlag in den Offenschiff der Kartoffelfabrik von Rosch verursachte, daß ein großes Stück Mauerwerk herausgerissen wurde. In der Wessinghause wurde der Blitz vom Wirt unter aufgeflogen. Auangenehm machte sich die Zurückhaltung eines Waldes der Hochspannungseitung bemerkbar. Todmuth trat eine Störung in der Zufuhr des elektrischen Stromes bis abends

8½ Uhr ein. Die Niederschläge waren in Bahren minimal. Zwischen Hochkirch und Breitenhof ging ein schwerer Wolkenbruch nieder. Die Wassermassen richteten gewaltigen Schaden an. Infolge des niedergehenden Hagels waren die Felder völlig weiß. In Rechen bei Eßau schlug der Blitz innerhalb zehn Minuten in zwei Scheunen, die bis auf die Anfassungsmanen niederbrannten. In Dolowitz schlug der Blitz in das von Touristen gern aufgesuchte Einfamilienhaus am Hochstein, ohne zu zünden. Am Orte wurde die Telefon- und elektrische Leitung schwer beschädigt. In Stadt Eßau und deren näherer Umgebung gingen gewaltige Wassermassen nieder. Weitere Einschläge und Brände infolge Blitzschlages werden gemeldet aus den Orten Briegnitz, Breitenhof, Weißig, Dolowitz, Rosenhain und Glossen.

Die schwarzweißrote Sehnsucht

D. Weimar, 3. September. (Sig. Tracht.) Ähnlich wie in Sachsen bemühen sich gewisse reaktionäre Kreise Thüringens, für die noch gut verbürgten Nachrichten nach Anfang Dezember stattfindenden Landtagswahlen eine neue Auflage des 1921 unter dem Druck der Reichswehr entstandenen Regierungsbroschüre herbeizuführen. In Gotha sind die Ortsgruppen des Alldütschen Verbandes, des Deutschen Offiziersbundes, des Stahlhelms und des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, des Frontkriegerbundes, des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, des Stahlhelms und trotz Brauhaus auch des Jungdeutschen Ordens mit der Entschiedenheit herausgetreten, alle nationalen Kreise bei den Landtagswahlen zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, um das „Unheil einer roten Parteidiktatur, wie wir sie früher gehabt haben, abzuwehren“.